



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/234 - 17. Oktober 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Start - und Ziel ?</u> Die Haltung der SPD im vierten Deutschen Bundestag Von Franz Bareig	74
2a	<u>Die Mahnung des DGB</u> Vor einem sozialpolitischen Stillstand ?	20
2a	<u>Symbol einer Epoche</u> Zum Tode von Paul Ramadier	21
3 - 4	<u>16 Jahre danach ...</u> Zu den Verhaftungen von hohen Polizeioffizieren in Schleswig-Holstein	61
5 - 8	<u>Griechisches Kaleidoskop (I)</u> "Wragen Sie das Orakel von Delphi!" - Eine politische Reportage Von Günter Markscheffel, z.Zt. Athen	165

* * * *
* * *

Start - und Ziel?
Von Franz Barsig

Planmäßig wie es das Grundgesetz vorschreibt, hat sich am 17. Oktober der Deutsche Bundestag konstituiert. Es hat nicht wenige Beobachter des Bonner Zeitgeschickens gegeben, die diesen Vorgang nur als einen formellen Akt ohne jede Bedeutung betrachteten - wäre nicht der Reiz der Ungewisheit über die Wahl des Bundestagspräsidiums hinzugekommen - und die meinten, man sollte sein Hauptinteresse vielmehr auf die kommende Woche richten, in der - vielleicht - eine Regierung zustande kommt.

Eine solche Betrachtungsweise wird allerdings der Würde und Bedeutung des Parlaments nicht gerecht. Sie ist auch politisch kurzsichtig, denn schließlich haben sich die Mehrheitsverhältnisse in diesem Hause grundlegend verändert. Die Mehrheitsverhältnisse im 3. Deutschen Bundestag, in dem die CDU/CSU sich nur als Willensvollstrecker der Regierung fühlte, waren verantwortlich dafür, daß man den Deutschen Bundestag in der Öffentlichkeit nicht gebührend beachtete, denn in der Regel war bereits ein Fraktionsbeschuß der CDU/CSU Gesetz und ein Antrag der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, kaum daß er eingereicht worden war, der Ablehnung verfallen.

So wird es im 4. Deutschen Bundestage nicht mehr zugehen. Ganz gleichgültig, wie die Regierungsbildung aussehen mag, dieses Parlament wird wieder an Bedeutung gewinnen, es kann - weil sich die Mehrheitsverhältnisse geändert haben - wieder echte Kontrollfunktionen ausüben, und wir werden in den nächsten Jahren sicherlich Abstimmungen erleben, bei denen vorher hart gerungen wird und manchmal wird es nur um wenige Stimmen gehen, um von diesem Parlament ein Ja oder ein Nein zu hören.

Der 17. Oktober hat deshalb nicht nur feierliche, sondern auch politische Bedeutung, und diejenigen, die meinen, daß dieser Bundestag als Nebensache behandelt werden kann, werden im Laufe der Zeit auch noch merken, daß seit dem 17. September die CDU/CSU die absolute Mehrheit verloren hat.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung haben damit an Bedeutung nicht verloren, nur sind sie nicht mehr vorrangig, sondern

höchstens gleichrangig zu betrachten. Es liegt der Sozialdemokratie nicht, zu prophezeien und zu spekulieren, wie an diesem Wochenende der Hauptausschuß der FDP entscheiden wird und darüber Kombinationen anzustellen, welche Schwierigkeiten sich noch in beiden Parteien, der CDU/CSU und der FDP ergeben können, deren gemeinsames Ziel es bis heute nur ist, die SPD aus der Regierungsverantwortung auszuschalten. Es liegt ihr aber sehr daran, am Beginn der 4. Legislaturperiode ihren Standpunkt noch einmal zu präzisieren, weil er unabhängig von den Ereignissen des Tages ist und weil er Gültigkeit auch dann behalten wird, wenn die sogenannte kleine Lösung zustande kommen sollte.

1. Die Sozialdemokratische Partei hält nach wie vor eine Regierungsbildung auf breiter Basis, die alle drei Parteien einschließt, für die nationale Lösung, die allein imstande ist, die deutschen Probleme der Gegenwart zu meistern. Sie hat diesen Vorschlag unterbreitet nicht weil sie die Bänke der Opposition scheut, sondern weil ihr 11 1/2 Millionen Wähler erhöhte Verantwortung für dieses Volk übertragen haben.
2. Die Sozialdemokratische Partei hat niemandem gegenüber auch nur den Versuch gemacht, die eine Partei gegen die andere Partei auszuspielen. Das Gerede von der schwarz-roten Koalition ist und bleibt ein politisches Ammenmärchen. Diese klare Feststellung sollten auch diejenigen zur Kenntnis nehmen, die im Hinblick auf die bevorstehende Hauptausschußsitzung der Freien Demokraten es geflissentlich weiterverbreiten, obwohl sie genau wissen, daß es unwahr ist. Für die Sozialdemokratische Partei war noch nie entscheidend, was andere von ihr sagen oder über ihre Haltung wissen wollen, für sie ist allein entscheidend, was die Beschlusskörperschaften festgelegt haben.
3. Man mag es weiter übersehen oder übersehen wollen, ob in der Regierung oder in der Opposition, die Sozialdemokratische Partei wird immer auf den Satz des Kommuniqués zurückkommen, der am 20. September nach einer Sitzung der Spitzenkörperschaften veröffentlicht worden ist und der klar besagt, daß die SPD in Zukunft nur jene Entscheidungen mitverantworten wird, an deren Zustandekommen sie durch rechtzeitige Information, Beratung und Gestaltung mitgewirkt hat. Diesen Satz sollten sich auch diejenigen ins Stammbuch schreiben, die meinen, man könne es ja zunächst einmal mit der kleinen Lösung versuchen und wenn es nicht mehr weiter geht, die Sozialdemokratie einzuladen, darn sich mit vor den verfahrenen Karren zu spannen. Auch in dieser Situation werden alle an den Beschluß vom 20. September erinnert werden müssen.

Was immer aber auch kommt: Die Arbeit der SPD in den nächsten vier Jahren wird unter dem Gesetz der Verantwortung für dieses Volk stehen. Für sie gilt - ob in Regierung oder Opposition - der Artikel 56 des Grundgesetzes, der davon spricht, daß man seine Kraft dem Wohle des ganzen deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm wenden wolle.

Die Mahnung des DGB

sp - Zu denen, die mit großer Aufmerksamkeit die Verhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP um die Bildung einer Koalitionsregierung verfolgen, gehören die Gewerkschaften. Ihre Stimme hat Gewicht, sie kann nicht überhört werden. Sie haben bestimmte Vorstellungen über die Weiterentwicklung der Bundesrepublik zu einem sozialen Rechtsstaat, wie es das Grundgesetz vorschreibt. Für sie als Mitträger dieses Staates gilt nicht das Wort eines führenden CDU-Politikers, die Grenzen dessen, was sozialer Fortschritt gebietet, seien schon in der Bundesrepublik erreicht. Die sich wandelnde Industriegesellschaft bringt immer wieder neue Probleme, die nach Lösung heischen. Die Gewerkschaften haben, seit die Bundesrepublik besteht, ein großes Maß an Zurückhaltung und Verantwortung für das Ganze betrieben. Umso argwöhnischer verfolgen sie die sowohl in der CDU/CSU als auch in der FDP vorhandenen Strömungen, sich auf Kosten des sozialen Fortschritts zu einigen. Wer das versucht, spielt mit einem innenpolitischen Feuer. Das war der Sinn der Mahnung des DGB-Vorsitzenden Willi Richter auf dem Kongreß der Postgewerkschaft. Richter ist kein Mann der starken Worte; wenn er auf diesem Kongreß so deutlich wurde, dann hat er wohl ausreichende Gründe dafür gehabt. Die Befürworter der kleinen Koalition wären gut beraten, würden sie diese Gründe mit in ihre Überlegungen einbeziehen.

+ + +

Symbol einer Epoche

Zum Tode von Paul Ramadier

sp - Paul Ramadier starb dieser Tage im Alter von 75 Jahren. Er verkörpert eine Epoche. Seit 1919 war er sozialistischer Bürgermeister der mittelfranzösischen Kleinstadt Decazeville, seit 1928 Abgeordneter des Departements Aveyron, 1936 Minister für öffentliche Arbeiten in der "Volksfrontregierung" unter der Führung von Léon Blum, eine Koalitionsregierung der Sozialisten und Radikalen, damals mit Tolerierung durch die Kommunisten. Ramadier war schließlich Arbeitsminister der Regierung Daladier, der letzten Regierung der dritten Republik.

1940 war er unter den achtzig Abgeordneten, die gegen Marschall Pétain und gegen den Waffenstillstand mit Hitler stimmten; Ramadier tauchte unter und wurde ein Kämpfer der Widerstandsbewegung. Nach Kriegsende war er Versorgungsminister der Provisorischen Regierung de Gaulles und 1947 Ministerpräsident der ersten gewählten Regierung der vierten Republik. Die Kommunisten, die bis dahin noch unter dem Vorsitz de Gaulles Regierungspartei waren, schieden unter Ramadier aus und sind seither in der Opposition.

Der alte Sozialist gehörte noch mehreren Regierung der vierten Republik an und war zuletzt Finanzminister der Regierung Mollet-Mendès-France. Außerdem war er Präsident des Internationalen Arbeitsbüros. Er verschwindet in einem Augenblick, in dem sich die französische Linke auf neuen Grundlagen sammelt, um die sechste Republik vorzubereiten.

16 Jahre danach ...

sp. - Sechzehn Jahre nach Kriegsende wird nun in Schleswig-Holstein auch mit der Aufarbeitung der unbewältigten Vergangenheit in den Spitzenpositionen der Landespolizei begonnen. Dabei sind bisher alle bekanntgewordenen Fälle jedoch durch einen Anstoß von außen ins Rollen gekommen. Es wäre zu wünschen, daß das Innenministerium in Kiel auch von sich aus einmal in den einschlägigen Dokumentenzentralen nachschauen würde, ob nicht hier und da eine Überprüfung bei einem weiteren Beamten notwendig sein könnte.

Erhebliches Aufsehen hat die schon am 29. Juni erfolgte Verhaftung des Polizeihauptkommissars, Lehrers und Führers einer Stabskundschaft an der schleswig-holsteinischen Polizeischule in Eutin, des früheren SS-Hauptsturmführers Bruno Meiert, ausgelöst. Der Haftbefehl kam hier von außerhalb. Er wurde am 26. Juni durch die Staatsanwaltschaft in Wiesbaden beantragt. Das Innenministerium in Kiel gab die Verhaftung des hohen Polizeioffiziers aber erst am 3. Oktober bekannt, nachdem Meiert durch den ehemaligen Polizeioffizier Dr. Klaus Hornig einige Tage zuvor vor dem Schwurgericht in Dortmund im Strafprozeß gegen Angehörige des "Einsatzkommandos Tilsit" stark belastet worden war. Hornig sagte aus, Meiert habe sich an Judenerschießungen im Osten "fanatisch beteiligt".

Bei den weiteren Feststellungen zeigte sich dann, daß Meiert bis 1952 im Saarland unter dem falschen Namen Ulrich Schlichting in der Industrie tätig war. 1952 tauchte er auf, ging nach Schleswig-Holstein, wo er früher in Polizeidienst gestanden hatte, und klagte bis 1957 als 131er gegen das Innenministerium auf Wiedereinstellung. Das Landesverwaltungsgericht in Schleswig, dessen Urteile in mehreren NS-Fällen bereits kritisiert worden sind, machte 1957 den Vergleichsvorschlag, Meiert wieder in den Polizeidienst einzustellen. Das Ministerium ging auf den Vergleich ein, ohne sich um die Vergangenheit des Meiert im Osten zu kümmern und an der falschen Namensführung Anstoß zu nehmen.

Schon am 13. April wurde der Polizeirat Kasper, der früher zusammen mit Meiert auf der Polizeischule in Eutin tätig gewesen ist, verhaftet. Die Verhaftung des Lübecker Revierführers kam hier auch durch einen Schritt von außen zustande, nämlich durch die Staatsanwaltschaft in

Wuppertal. Das Innenministerium in Kiel hat bisher keine Einzelheiten zum Fall Kasper mitgeteilt. Es ist jedoch bekannt geworden, daß Kasper beschuldigt wird, an Kriegsverbrechen beim Partisaneneinsatz im Osten beteiligt gewesen zu sein. Vor seiner Festnahme hatte Polizeirat Kasper einen Fachlehrgang in den Vereinigten Staaten absolviert.

Im Mai hatte das Finanzministerium in Kiel mitgeteilt, es werde geprüft, ob der frühere General der Polizei und der Waffen-SS - einige Jahre höchster Polizeioffizier im Dritten Reich-, Otto Winkelmann, seine Ruhestandsbezüge in Höhe von 1 705,82 DM monatlich zu Recht bekomme. Bisher ist über die Untersuchungen dieses Mannes, der auch mehrere Jahre CDU-Ratsherr in Kiel war, vom Finanzministerium nichts mitgeteilt worden. Der Anstoß zu den Untersuchungen kam gleichfalls von außerhalb. Im Eichmann-Prozeß hatte Verteidiger Servatius Winkelmann als Entlastungszeugen benannt und er wurde aufgrund eines Rechts-hilfe-Ersuchens der israelischen Generalstaatsanwaltschaft in Bordes-holm, seinem jetzigen Wohnort, von Amtsgericht vernommen. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß Winkelmann möglicherweise nach dem 131er-Gesetz keine Bezüge erhalten darf, weil er für den Abtransport von Juden aus Ungarn in die polnischen Konzentrationslager im Jahre 1944 als Kommandeur der Ordnungspolizei in Ungarn verantwortlich sein könnte.

Schließlich sei noch an den Fall Krüger erinnert, der als frühe-
rer Polizeimajor heute in Eutin lebt und eine 131er-Pension in Höhe
von 670 DM monatlich bekommt. Die Spruchkammer Berlin hatte demgegen-
über Mitte März 1961 gegen Krüger ein Sühngeld in Höhe von 20 000 DM
verhängt, weil er als späterer Ministerialrat und SA-Standartenführer
im Sonderreferat "Arisierung" des Reichswirtschaftsministeriums bei
der Enteignung jüdischer Wirtschaftsvermögen tätig war.

Griechisches Kaleidoskop (I)

"Fragen Sie das Orakel von Delphi!" - Eine politische Reportage

Von Günter Markscheffel, z.Zt. Athen

Wer es nicht genau weiß, würde als Fremder gar nicht merken, daß am 29. Oktober in Griechenland Parlamentswahlen stattfinden. An keiner Plakatfläche entdeckt man Wahlplakate. In den Zeitungen wird ausführlicher als gewöhnlich über Korruptionsfälle berichtet, "Persönlichkeiten" werden hemmungsloser Bereicherung bezichtigt, aber das alles geschieht weniger im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung über diesen oder jenen politischen Weg; es ist vielmehr der Ausdruck eines erbitterten und seit Jahren andauernden Kampfes vieler "Clans", die sich gegenseitig beschuldigen, Griechenland an den "Rand des Abgrundes" gebracht zu haben. Diese "Clans" sind die Reste jener Gruppen, die während des Krieges im Widerstand gegen die deutsche Besatzung standen, die später kommunistische und faschistische Umsturzversuche blutig bekämpften, noch später als politische Parteien in neuen und zum Teil sehr durcheinandergewürfelten Gruppierungen sich anschickten, dem Land ein modernes Gesicht zu geben und die schließlich - nach dem Tode einiger hervorragender Persönlichkeiten - wieder auseinanderfielen. Geblieben sind - besonders auf der Rechten, Führer, die sich nicht einmal im Wahlkampf die Mühe geben, etwa ein politisches Programm zu vertreten. Die Konturen zwischen den vor der Wahl um die Gunst des Volkes in dieser oder jener Form werbenden offiziellen politischen Parteien sind daher verwischt.

Parteien ohne Programme

Wie weit das geht, dafür ein kleines Beispiel: Als ich zu einem Abgeordneten der jetzigen Regierungspartei des Ministerpräsidenten Karamanlis (ERE = Nationale Union) sagte, er könne doch wohl mit seiner sicheren Wiederwahl rechnen, meinte der Mann: "Wissen Sie, so sicher ist das nicht! Stellen Sie sich vor, mein Gegenkandidat hat in meine Familie hineingeheiratet und seitdem macht er sich bei Hochzeit, Kindtaufen und Beerdigungen durch große Geschenke so beliebt, daß ich das Schlimmste befürchten muß!" - Auf meine erstaunte Bemerkung, der Gegenkandidat gehöre doch einer ganz anderen Richtung an, sagte mein Gesprächspartner mitleidig: "Sie scheinen Griechenland wirklich nicht zu kennen; darauf kommt es doch gar nicht an!"

Die drei zum Wahlkampf angetretenen Parteien präsentieren sich den Wählern praktisch ohne Programme.

Es sind dies die jetzige Regierungspartei ERE, die gegenwärtig im Parlament 174 von 300 Sitzen innehat. Bei der Wahl 1958 erhielt die ERE 41 Prozent der Stimmen. Ihr Führer ist der bisherige Ministerpräsident Karamanlis. Nach westeuropäischen Begriffen könnte man die ERE als konservativ-reaktionär bezeichnen.

Die Rolle der EDA

Auf dem linken Flügel steht die EDA mit 79 Sitzen und 24,6 Prozent der Stimmen bei der Wahl im Jahre 1958. Die EDA ist aus der verbotenen KP hervorgegangen. Ihre Führungskader sind ohne Zweifel Kommunisten, denen es jedoch gelungen ist, im ganzen Land auch eindeutig nichtkommunistische Elemente in den Vordergrund zu stellen. Jeder weiß das hier in Griechenland. Man zwinkert mit den Augen und beantwortet die Frage, warum denn der sich sonst so wild antikommunistisch gebärdende Karamanlis eine solche KP-Partorganisation zulasse, mit der verblüffenden Bemerkung: "Aber er will doch das, damit er den Amerikanern und den Westdeutschen Angst machen kann und mehr Geld von ihnen zur "Bekämpfung des Kommunismus" bekommt. - Mit Hilfe dieses Tricks sind viele Millionen Dollar nach Griechenland geschleust worden, aber leider nicht nur zum Nutzen des Landes, sondern vielleicht noch mehr zur Bereicherung einer kleinen Schicht von Spekulanten, Zwischenhändlern und "von Hause" schon ungeheuer reichen Leuten.

Dafür einige Zahlen und Beispiele: "Nach der offiziellen Statistik lebten im vergangenen Jahr 8,5 Prozent der griechischen Familien in den Städten mit 249 Drachmen pro Woche

18,1 Prozent mit	250 - 449 Drachmen
34,0 " "	450 - 799 "
16,3 " "	800 - 1599 "
10,1 " "	1600 und mehr Drachmen

(14,-- DM gleich 100 Drachmen)

In der Praxis bedeutet dies - um mit der Regierung zu sprechen -, daß 2 500 000 Einwohner Griechenlands nicht in der Lage sind, Ausgaben für Gesundheitspflege, Arzt und Medizin zu bezahlen.

Rückständige Sozialfürsorge

1957 erklärte der damalige Sozialminister auf drängende Fragen von Journalisten, drei Millionen Griechen müßten mit einem Tagesverdienst von acht Drachmen (1,12 DM!) auskommen. Es gab einen großen Krach, und seither hat der Sozialminister diesbezügliche Fragen nicht mehr beantwortet...

Die Sozialfürsorge ist rückständig. Seit mehreren Jahren kennt man in Griechenland drei Kategorien von Hilfsbedürftigen:

1. Hilfsbedürftige mit Monatseinkommen von 150 Drachmen
2. Hilfsbedürftige mit Monatseinkommen von 250 Drachmen
3. Hilfsbedürftige mit Monatseinkommen von 400 Drachmen

Wer nur etwas mehr hat, erhält keinerlei Unterstützung.

Ich bin folgendem Fall nachgegangen. Die 70-jährige Witwe eines früheren mittleren Justizanestellten hat eine Pension von 550 Drachmen monatlich. Ihr Sohn ist geisteskrank und muß daher in einer Anstalt leben. Das kostet etwa 100 Drachmen pro Tag. Da die Mutter des Kranken mit ihrer Pension von 550 Drachmen nicht zu den Hilfsbedürftigen gehört, erhält sie nicht eine Drachme für die Pflege ihres Sohnes. Die

Frau vegetiert in einer kleinen Steinschuppen am Rande von Athen und bettelt sich buchstäblich durch. Sie ist sehr fromm und betet für den Retter des Vaterlandes vor dem Kommunismus, Ministerpräsident Karamanlis. Man hat ihr gesagt, daß der liebe Gott ihre Gebete belohnen werde, denn natürlich sind alle Gegner von Karamanlis des Teufels...

In "Paris" des Balkans

Etwa 2000 Meter Luftlinie von der Steinhütte der Alten entfernt ist das Zentrum von Athen. Luxusgeschäfte, herrliche Hotels, prächtige Restaurants, brodelndes Leben, Straßenkreuzer vom letzten US-Modell, breite Boulevards - eine moderne Millionenstadt. Stolz nennen die Griechen Athen "Das Paris des Balkans".

Fremdenverkehr wird groß geschrieben. Zum Glück, denn durch den über das ganze Jahre währenden Strom der Fremden kommen Devisen ins Land. Die hat man bitter nötig. - Die Fremden reisen in Trupps von einer Sehenswürdigkeit zur anderen - wo gibt es deren mehr als in Griechenland? - Sie werden überall mit bestirrender Höflichkeit empfangen, von Hand zu Hand gereicht und fühlen sich als die Könige des Landes. Man tut etwas für sie, denn sie bringen ja Geld, und außerdem sind sie meist so nett, und blicken nicht hinter die Fassade.

Dort aber sieht es so aus: Die "Normalzahl" der Arbeitlosen in Griechenland liegt zwischen 100 000 bis 220 000. (Bevölkerung rund 8 Millionen). Aber auch diese Zahl ist nicht echt, denn weder die Regierung noch irgend eine andere Stelle verfügt über eine genaue Übersicht. Als ich einen führenden Mann der Gewerkschaft fragte, wie es läge, daß noch vor drei Monaten die Arbeitslosenziffer mit 200 000 angegeben wurde, jetzt aber - wenige Tage vor der Wahl - angeblich nur noch 80 bis 100 000 betrage, suchte er nur die Schultern und sagte: "Wagen Sie das Orakel von Delphi!"

Die Lage der arbeitenden Menschen in Griechenland ist schlecht, so schlecht wie kaum zuvor. Deshalb steigt die Zahl der Auswanderer und der im Ausland einträgliche Arbeit Suchenden ständig. Aber man kennt diese Zahl nicht genau; oder will sie nicht kennen.

Korruption und Mißwirtschaft

Bei den Gewerkschaften sagt man dazu: Korruption und Mißwirtschaft haben das Vertrauen unserer Arbeiter in den Staat zerstört. Wer gesund ist, haut ab. "Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes gehen sogar Frauen allein ins Ausland. Stellen Sie sich vor, Frauen, die doch das Heim und die Familie schützen sollen!" -

Der das sagt, ist ein hartgesottener - wie er sich nennt - "Arbeiterführer". Er sitzt vor mir, elegant gekleidet, sehr beweglich. In Athen sagt man von ihm, er sei auch ein "Mann der Regierung". Ich weiß nicht, ob das stimmt. Tatsache ist, daß "Die Gewerkschaft" von der Regierung Geld bekommt und demzufolge auch von ihr abhängig ist. Über die tatsächliche Stärke der Gewerkschaften kann ich nichts Genaues erfahren. Man sagt mir, "etwa 20 Prozent der Arbeitnehmer sind erfaßt". Man sagt, die Gewerkschaft verfüge nur über sehr schwache Mädel, also über Arbeiter, die wüßten, worauf es ankomme.

Verbittert wird über die Regierung gesprochen. Sie nehme durch die Steuern von den Arbeitnehmern das Geld, organisiere aber dann die Arbeiter nach p o l i t i s c h e n Gesichtspunkten. Wie das, frage ich? - Irgendein Minister oder anderer großer Freund der Regierung möchte sich in seinem Heimatort beliebt machen. Dann würde dort eine Fabrik, eine neue Straße oder sonst etwas gebaut. Da freuen sich alle Leute, es kommt etwas Geld in die Gegend, und die Not wird vorübergehend vergessen. Und dann? - Dann? - Fragen Sie mal die Amerikaner, die wissen das zum Teil besser als wir. Wenn das Geld verbraucht ist, fängt man woanders an. Der Ministerpräsident hält eine schöne Rede und sagt, das sei alles so richtig und müsse zur Bekämpfung des Kommunismus so gemacht werden. (D i e s e Geschichte erzählte mir der Spitzenmann der Gewerkschaft n i c h t . Sie stammt von einem hohen Regierungsbeamten).

Arbeitslosenunterstützung nur nach "Prüfung"

Aber bei der Gewerkschaft bestätigte man mir, was ich schon woanders gehört hatte und nicht glauben wollte. Arbeitslosenunterstützung wird nach "Prüfung" gezahlt, und einen Arbeitsplatz erhält nur derjenige, dem die örtliche Polizei bescheinigt, daß er "politisch in Ordnung" ist. Darunter versteht man, daß der Mann oder die Frau "nicht gegen die Demokratie" ist und Ähnliches. Diese Art von "Auslöse" ist nicht in der Verfassung verankert. Sie erfolgt auf dem Verwaltungswege und wird besonders in den kleineren Orten und auf dem Lande sehr streng gehandhabt. Aus dieser Grunde gibt es in Griechenland, das bekanntlich zur westlichen Gemeinschaft gehört, auch eine stark illegale Auswanderung. Niemand kann oder will die Zahl der illegalen Auswanderer genau sagen. - Der Gewerkschaftsboß ist trotzdem optimistisch. "Wenn wir jetzt im Rahmen der EWG arbeiten werden, hoffe ich, daß die anderen Partner unsere Regierung zwingen, endlich etwas wirtschaftlich und sozial Vernünftiges zu tun. Der griechische Arbeiter ist arbeitsfreudig und intelligent. Unser Land hat viele Möglichkeiten. Aber das alles muß geplant, organisiert und in einem guten Einklang zueinander gebracht werden. Dann werden wir es schaffen".

+ . + . +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler